



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder  
des Rechtsausschusses

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**17/5867**

A14

Seite 1 von 1

25.10.2021

Aktenzeichen  
2000 - Z. 510  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Drews  
Telefon: 0211 8792-416

#### **84. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 27. Oktober 2021**

TOP „Unabhängigkeit der Justiz darf nicht durch Anschein parteipolitischer Einflussnahme auf Personalbeurteilungen und -auswahl gefährdet werden – Minister Biesenbach muss von seinem Vorhaben Abstand nehmen“ (Drs. 17/12765) in Verbindung mit „Aktueller Stand der Überarbeitung der Änderung der Beamten- und Disziplinarzuständigkeitsverordnung JM“

#### **Anlage**

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Martin-Luther-Platz 40  
40212 Düsseldorf  
Telefon: 0211 8792-0  
Telefax: 0211 8792-456  
poststelle@jm.nrw.de  
www.justiz.nrw





**Ministerium der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

84. Sitzung des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 27. Oktober 2021

Schriftlicher Bericht zu TOP:

„Unabhängigkeit der Justiz darf nicht durch Anschein partei-  
politischer Einflussnahme auf Personalbeurteilungen und  
-auswahl gefährdet werden - Minister Biesenbach muss von  
seinem Vorhaben Abstand nehmen“

Drs. 17/12765

in Verbindung mit

„Aktueller Stand der Überarbeitung der Änderung der Beamten-  
und Disziplinarzuständigkeitsverordnung JM“

Hinsichtlich des Inhalts des Entwurfs der siebten Verordnung zur Änderung der Beamten- und Disziplinarzuständigkeitsverordnung JM (ZustVO JM) wird auf den Bericht der Landesregierung für die Sitzung des 69. Sitzung Rechtsausschusses am 24. Februar 2021 (Vorlage 17/4687) Bezug genommen. Das Ministerium der Justiz überarbeitet derzeit den Verordnungsentwurf. Die diesbezüglichen Arbeiten stehen kurz vor dem Abschluss. Es ist beabsichtigt, nach Abschluss der Arbeiten zeitnah eine Verbändeanhörung neu einzuleiten.